wahlalternative@web.de - erweiterter Entwurf, 05.02.2004

Für eine wahlpolitische Alternative 2006

1. Lage und Probleme der sozialen Oppositionsbewegung in Deutschland

In den letzten Jahren und beschleunigt nach der Bundestagswahl 2002 ist die von SPD und Grünen getragene Bundesregierung und mit ihr das gesamte parlamentarisch-politische Spektrum weiter nach rechts gerückt und hat seine Positionen für einen neoliberal geprägten Umbau der Gesellschaft radikalisiert, ideologisch befestigt und gesetzgeberisch weiter umgesetzt. Das Stichwort des Jahres 2003 dafür ist die “Agenda 2010”. In Massenmedien, Wissenschaften und vielen anderen zivilgesellschaftlichen “Schützengräben” konnten die Kräfte des Neoliberalismus und des Kapitals weitere Geländegewinne erzielen.

Gleichzeitig hat sich auch in Deutschland allmählich wachsende Opposition gegen neoliberale Globalisierung und gegen den Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften entwickelt. Im Verlauf des Jahres 2003 wurde immer mehr Menschen klar, dass sie die Opfer des Umbaus sind und dass grundlegende Ansprüche an Gerechtigkeit und Zukunftsgestaltung dabei missachtet werden, ohne dass Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krise dadurch überwunden werden. Insbesondere im Bereich der gewerkschaftlich und der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmerschaft, aber auch der Jugend und der RentnerInnen, machte sich zunehmend politische Frustration und Oppositionsbereitschaft breit, die sich in Demonstrationen wie am am 1. November 2003 und in den Studierendenstreiks zeigte. Auf der anderen Seite steht verbreitete Desorientierung und Resignation.

Diese Entwicklung wird sich im Jahr 2004 zunächst fortsetzen, wenn die Menschen die realen Auswirkungen der “Reformen” zu spüren bekommen und im Frühjahr die Mobilisierung der sozialen Opposition und fortschrittlicher Gewerkschaften einen neuen Höhepunkt erreicht. Die weitere Perspektive ist offen und hängt wesentlich an zwei - miteinander zusammen hängenden - Problemfeldern.

1. Die soziale Opposition ist sich einig in der Ablehnung des Sozialabbaus, aber auch jeglicher Kriegspolitik und Aufrüstung, und in der abstrakten Behauptung, eine Alternative sei möglich. Sie ist schwach und uneinig in der Deutung der Krisenprozesse und ihrer Ursachen und in der Darstellung, wie denn eine Alternative aussehen könne, die nicht nur gerechter ist, sondern auch die Probleme besser bewältigt. Um weiter und in die Offensive zu kommen, müssen die Gegner hier, auf dem zentralen Feld ihres Diskurses, angegriffen werden. Die Probleme müssen als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Politik und von Krisenprozessen und Widersprüchen aufgezeigt werden, die die kapitalistische Ökonomie aus sich heraus hervorbringt. Als auch in der öffentlichen Debatte vermittelbare Kernpunkte sind der Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Perspektive und die Schwäche der Binnennachfrage als Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung hervorzuheben. Überzogene Katastrophenszenarien sind dabei zu vermeiden: für 2004 bis 2006 wird es darauf ankommen deutlich zu machen, dass der zu erwartende schwache Aufschwung nicht wegen, sondern trotz der neoliberalen “Reformen” stattfindet und bei einer anderen Politik eher und kräftiger und mit positiveren Wirkungen für die Mehrheit der Bevölkerung eingetreten wäre.

Die Grundlinien einer Alternative müssen aufgezeigt werden, die die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung spürbar verbessern würde und die grundsätzlich realisierbar wäre. Das heißt: da es zunächst um eine politische Veränderung, um einen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel im Rahmen der gegebenen grundsätzlich kapitalistischen Rahmenbedingungen geht, ist eine Alternative zu präsentieren, die "nur" an den gegenwärtig vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen scheitert, die aber veränderbar sind. Zu präsentieren wäre dazu im Kern ein sozial und ökologisch und emanzipativ ausgerichtetes Zukunftsprogramm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es in entsprechenden Kreisen (in Gewerkschaften, Memorandum-Gruppe, sozialistischen und anderen linken Gruppierungen usw. und darüber hinaus in breiteren politischen Bündniszusammenhängen) seit Jahren diskutiert und weiter entwickelt wird. Sowohl Defaitismus ("eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist sowieso aussichtslos") wie abstrakter Linksradikalismus ("nur die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ist eine Perspektive") wirken desorientierend. Ebenso desorientierend ist es, Lösungen gar nicht mehr in Veränderungen staatlicher Politik, sondern nur noch zivilgesellschaftlich und im Wirken dezentraler, selbstorganisierter Netzwerke und alternativer Zusammenhänge in Nischen der Gesellschaft zu suchen und damit aus der Not eine Tugend zu machen.

2. Der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition fehlt eine parlamentarisch-politische Repräsentanz. Im ersten Schritt entwickelt sie sich gerade in Abgrenzung und zur Artikulation von Protest gegenüber der herrschenden Politik und allen etablierten Parteien. Aber im Maße wie sie an gesellschaftlicher Breite und politischer Bedeutung gewinnt, stellt sich zunehmend die Frage nach ihrem Bezug zur politisch-parlamentarischen Ebene und nach ihrer Durchsetzungsperspektive. Diese Frage stellt sich sowohl vielen Individuen als auch den aktiven und organisierenden Kernen der Bewegung, die für die weitere Mobilisierung darauf Antworten geben müssen.

Bisher ist die Hauptantwort die, dass es darum geht, gesellschaftlichen Druck zu entwickeln und das politische "Klima" so zu verändern, dass alle Parteien und Institutionen darauf reagieren und sich das politische Koordinatensystem wieder nach links verschiebt (und evt. sich Bedingungen für weitergehende politische Prozesse ergeben). Dazu sei wahrscheinlich ein langer Atem notwendig. Die Antwort ist richtig, aber unzureichend. Sie lässt die Frage offen, wie sich die Menschen denn nun als politische Subjekte in den Situationen verhalten sollen, wenn sie mal die Wahl haben. Und vor allem blendet sie aus, wie wichtig die parlamentarisch-politische Ebene und institutionalisierte Machtpositionen zur Durchsetzung von Interessen, aber auch für die Entwicklung längerfristig mächtiger Diskurse und der öffentlichen Meinung sind. Die herrschende kapitalistische Klasse verfügt über institutionalisierte ökonomische und gesellschaftliche Machtpositionen, über Einflussmechanismen und Finanzmittel, die in letzter Instanz in ihren Eigentumsrechten begründet sind, um ihre Interessen und Ideologien durchzusetzen. Die soziale Bewegung und das normale Volk haben diese Möglichkeiten nicht und müssen sich Organisationen schaffen, um die gemeinsamen Interessen zu artikulieren und im Wirtschaftsleben, den anderen Sektoren der Gesellschaft und im Staat zu vertreten.

Traditionell diente dazu - bei allen Einschränkungen, die hier anzuführen sind - insbesondere das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Verbindung ist in den letzten Jahren immer mehr zerbrochen, die SPD und die Grünen agieren als Mehrheits- und Akzeptanzbeschaffer für eine Kapitalinteressen un-

terworfene Politik, die sie in der Substanz nur geringfügig gegenüber den Forderungen des neoliberal dominierten Mainstream modifizieren. Der Frage, wie damit politisch und strategisch umgegangen werden soll, kann nicht länger ausgewichen werden. Bewegung alleine reicht nicht, jedenfalls wenn es nicht nur um Einzelfragen, sondern um grundsätzliche Verteilungs- und Machtauseinandersetzungen geht, die das Projekt des herrschenden Blocks im Kern angreifen. Was sind die realen Alternativen für die politische Perspektive der Bewegung? Ist es realistisch anzunehmen, ohne parlamentarischen Partner und damit ohne Alternative im parlamentarisch-politischen Raum und damit Druckpotential auf die etablierten Parteien hinreichende Kraft für reale Erfolge zu entwickeln? Ich denke nein. Ist es nicht realistischer zu erwarten, dass die herrschenden Kräfte im politischen System die Bewegung sich eine Zeitlang austoben lassen, bis sie sich wegen Erfolglosigkeit zunehmend erschöpft, und ansonsten weiter machen wie gehabt? Ich denke, das ist realistischer. Ist es realistisch anzunehmen, die Massen würden sich in einem solchen Prozess immer mehr radikalisieren (und zugleich immer zahlreicher) und es käme letztlich zu sozialem Aufruhr, zum politischen Generalstreik, zur Besetzung der Betriebe und Verwaltungen und politischen Machtzentren, zu einer klassischen Revolution? Ich denke, das ist nicht realistisch und als Strategie hochgradig abenteuerlich. Es geht heute nicht um “Reform oder Revolution”, sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.

2. Warum brauchen wir eine wahlpolitische Alternative 2006?

Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung politischer Veränderungen vorgibt, und die eine Errungenschaft darstellt, deren Legitimation im Volk weitgehend ungebrochen ist. Solange dies allgemein und auch vom Gegner anerkannt ist und beachtet wird, haben Demonstrationen und auch politische Streikaktionen letztlich den Zweck, Druck auf die Parlamente auszuüben (so wie es das Kapital alltäglich und mit weit geringerer demokratischer Legitimation durch Einsatz seiner Verfügungsmöglichkeiten über Finanzmittel, Arbeitsplätze und Investitionen tut). Es geht dann immer um die Frage, wie und mit welchen parlamentarischen Kräften die Anliegen der außerparlamentarischen Bewegung - die selbstverständlich die primäre Bedeutung für fortschrittliche politische Veränderungen hat - in staatliches Handeln umgesetzt werden können. Darum geht es ganz konkret für die Bundestagswahl 2006 und davon ausgehend für die zukünftige politische Landschaft in Deutschland und Europa. Denn das Risiko, dass die soziale Oppositionsbewegung in den folgenden Jahren unter dem Eindruck des weiteren neoliberal dominierten Umbaus der Gesellschaft frustriert abflaut, erscheint mir größer als die Chance, dass sie weiter anwächst und dann zu einem späteren Zeitpunkt wesentlich größere Chancen böte, eine wahlpolitische Alternative oder neue Partei zu tragen.

Die Aktivitäten der Protestbewegung und der Gewerkschaften sind erfolgreich dabei gewesen, die Legitimation der herrschenden Politik und damit insbesondere der SPD in ihrer bisherigen WählerInnenbasis zu untergraben. Doch was folgt daraus bei den nächsten Wahlen? Zunächst mal folgt daraus “naturwüchsig”, also wenn es keine klaren anders orientierenden Einwirkungen gibt, vor allem ein Zuwachs der NichtwählerInnen, ganz überwiegend zu Lasten der SPD. Die unmittelbare Folge eines solchen Protestverhaltens bzw. einer solchen Verweigerung der Zustimmung wäre ein relativer Zuwachs und damit eine starke parlamentarische Mehrheit der anderen erst recht neoliberal orientierten Parteien, vornehmlich der CDU/CSU. Diese gewin-

nen auch direkt, weil sie vielen Enttäuschten als die real wählbare Alternative zur Abstrafung der bisherigen Regierung erscheinen. Für die soziale Opposition und die Gewerkschaften würden sich die politischen Bedingungen dadurch unmittelbar weiter verschlechtern. Zusätzlich droht die Gefahr, dass rechtspopulistische Parteien einen Teil des Potenzials für sich nutzen können.

Welche Optionen gibt es, diesem Szenario entgegen zu wirken? Die erste Alternative wäre, dass insbesondere die Gewerkschaften bei einem Abflauen der Proteste zu einer Politik der Präferenz für das “kleinere Übel” zurückkehren. Selbst wenn eine Wahlunterstützung für Rot-Grün wie vor den vorangegangenen Wahlen nicht mehr möglich sein dürfte, würde das die Gewerkschaften, ihre politische Glaubwürdigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit und ihre mühsam aufgebauten Verbindungen in neuen sozialen Umfeldern massiv schädigen. Es bedeutete eine Kapitulation vor der angeblichen “neuen Mitte”, die Aufgabe mühsam erarbeiteter Alternativkompetenzen, und die Unterordnung unter neoliberal bestimmte Entwicklungsmodelle auch in der Tarifpolitik. Am unmittelbaren Wahlergebnis würde es voraussichtlich wenig ändern. Dass es zu einer erneuten grundlegenden Umorientierung der SPD oder Grünen im Sinne einer sozial orientierten Politik gegen den Neoliberalismus führen würde, halte ich ebenfalls für unrealistisch. Ebenso wie bei der ersten Option - gar nichts tun - wäre eine weitere Zementierung der politischen Vorherrschaft des Neoliberalismus und des Großkapitals die Konsequenz.

Um dem Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurück zu drängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert. Dies erscheint mir schon notwendig, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen. Im bestehenden parteipolitischen Raum bietet sich dazu nur die PDS an. Bei aller Kritik an der PDS hat ihr Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 den sozialreaktionären Kräften ihren Vormarsch in der Politik und in der öffentlichen Meinung erheblich erleichtert. Bei deutlicherer Unterstützung aus dem Spektrum von Gewerkschaften und Bewegungen wäre 2006 ein Überspringen der 5-Prozent-Hürde für die PDS durchaus realistisch.

Auf der anderen Seite bleibt diese Option hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück. Aufgrund ihrer Geschichte und sozialen Zusammensetzung, ihrem dominanten Charakter als Partei Ostdeutschlands sowohl in der Wahrnehmung der Bevölkerung als auch in der eigenen politischen Ausrichtung, Führung, gesellschaftlichen Verankerung und politischen Prägung, ihrer geringen Verankerung in den oppositionellen Bewegungen, den Gewerkschaften und kritischen und demokratischen Organisationen und Milieus Westdeutschlands ist die PDS nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potenzial für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potenzials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie schlicht nicht in Frage. In den letzten Jahren hat sie sich bei vielen insbesondere gewerkschaftlich orientierten Linken, deren aktive Unterstützung für eine politische Alternative von zentraler Bedeutung wäre, durch diverse als opportunistisch und desorientierend wahrgenommene Äußerungen und Aktivitäten führender Personen und insbesondere durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheint als sehr auf sich selbst und auf Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen sind offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in

der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet und lassen keine Bewegung erkennen, daran etwas zu verändern.

Bleibt die Alternative, eine neue politische Formation zu entwickeln, die bei der Bundestagswahl 2006 mit Aussicht auf Erfolg anzutreten in der Lage ist. Wer die vorgenannten Optionen ablehnt bzw. für nicht geeignet hält, muss sich m.E. für diese Option entscheiden und etwas tun. Wer das nicht will, muss sich m.E. wiederum für eine der vorgenannten Optionen entscheiden und etwas tun, wobei m.E. die PDS-Option noch die sinnvollste ist.

3. Wie kann eine aussichtsreiche wahlpolitische Alternative für 2006 entwickelt werden?

Zunächst ist die Frage, was ist das Ziel und der Maßstab für Erfolg? M.E geht es darum, der sozialen Bewegung bzw. ihren Positionen eine parlamentarisch-politische Artikulationsmöglichkeit zu bieten, die dann auch in den öffentlichen Debatten entsprechend und mit klaren Positionen präsent ist und wirken kann. Dazu müssen wir sozusagen in der Bundesliga spielen, also weder nur regional noch so schwach, dass wir ignoriert werden können. Politisch geht es ganz klar um Opposition, nicht um mögliche Beteiligung an einer Regierungskoalition, solange nicht die denkbaren Partner ihre Positionen grundlegend in unsere Richtung verändert haben und wieder reale Fortschritte durchsetzbar sind, wovon absehbar nicht auszugehen ist. Erfolgsmaßstab ist die Ausschöpfung des Potenzials in der Wahlbevölkerung, das aus Positionen sozialer Gerechtigkeit oder anderen von links anzurufenden Motiven oppositionell oder zumindest unzufrieden mit der herrschenden Politik ist. Ich schätze dieses Potenzial auf bundesweit über 20 Prozent, im Osten über 30 Prozent, überwiegend, aber nicht nur, aus Bereichen bisheriger SPD-, Grün-, PDS- und NichtwählerInnen. Im Optimalfall könnte also die SPD zur drittstärksten Fraktion reduziert werden, realistische Zielmarke könnte 10 Prozent sein, Minimalanforderung ein Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke mit deutlich über 5 Prozent.

Diese Schätzungen erscheinen möglicherweise hoch angesetzt, aber es gibt auf jeden Fall ein Potenzial, das deutlich über das bisherige links von SPD und Grünen hinausgeht und in erheblichen Teilen auch gar kein im Selbstverständnis linkes Potenzial ist - und auch das konnte die PDS im Westen ja nie annähernd erreichen. Es sind sehr viele Menschen empört und für Proteste ansprechbar, die das bisher noch nie waren, und noch mehr, die auch für ein anderes Wahlverhalten mobilisierbar wären. Hier ist im Verlauf des letzten Jahres eine neue Lage entstanden, noch nie gab es einen solchen Zerfall des bisherigen sozialdemokratischen WählerInnenlagers, und zwar aufgrund der Sozialkürzungen und damit insbesondere im sozial schwächeren und gewerkschaftsnahen Milieu.

Je höher das reale Ergebnis der Wahlalternative wird, desto besser auch nicht nur im Eigeninteresse des Wahlbündnisses, sondern der sozial orientierten Kräfte insgesamt. Zwar wäre damit klar, dass es keine Fortsetzung der SPD-geführten Regierung geben wird, aber davon ist eh auszugehen und es ist nach den Erfahrungen spätestens des Jahres 2003 auch nicht bedauerlich. Auf der anderen Seite wächst je stärker eine soziale Wahlalternative in den Bundestag einzieht die Wahrscheinlichkeit, dass es keine CDU/CSU/FDP-Mehrheit gibt, die ansonsten zu erwarten wäre. Damit bestünde die Chance, dass die anderen Parteien mit ihrer Negativmehrheit bzw. die in eine große bzw. Mitte-Rechts-Koalition einbezogene SPD (oder Grüne) in der Lage wären, bestimmte weitere gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtete Umbaumaß-

nahmen (v.a. im Tarifrecht) zu verhindern. Je katastrophaler der Wahlausgang für SPD (und vielleicht auch Grüne) wird, desto größer werden dort auch die Chancen sein, die den kapitalorientierten Kurs der letzten Zeit bestimmenden Kräfte etwas zurück zu drängen und gegenüber CDU/CSU/FDP soziale Positionen wieder stärker zu betonen. Der von einer im Bundestag vertretenen sozialen Opposition ausgehende Druck wird das verstärken.

Die Anlage eines Projekts "Wahlalternative 2006" müsste so sein, dass diese Ziele erreicht werden können. Das heißt, es muss ein breites Spektrum der Bevölkerung angesprochen werden (in Vesters Milieulandkarte ...), im Kern die Arbeitnehmermilieus, die auch die Hauptbasis für Rot-Grün sind bzw. waren. Die Agitation und Propaganda muss populär, klar und einfach sein und Leute ansprechen und gewinnen, nicht ausgrenzen. Das Herangehen muss sein: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns. Wer gegen die herrschende Politik und gegen "die da oben" ist, ist für uns (außer Rechte). Provoziert werden sollten unsere Gegner, nicht unsere potenziellen WählerInnen (dazu gehören z.B. auch RentnerInnen, die über Kürzungen erbost sind, aber ansonsten sich nicht als politisch interessiert oder gar links betrachten). Die zentralen Attribute, die mit dem Projekt verbunden werden müssen, sind: sozial, Gerechtigkeit, Frieden, Arbeit, Alternative, aber auch Fortschritt und Zukunft für alle (in was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben: sozial und kinderfreundlich und ökologisch oder ...) , Wir sind das Volk (Frauen und Männer, Kinder und Alte, deutscher und ausländischer Herkunft). In diesem Sinne sollte auch der Name formuliert werden (z.B. "Arbeit, Gerechtigkeit und Frieden - die soziale Alternative"). Im Vergleich zur PDS im Osten muss das Projekt zugleich linker und "mittiger" im Sinne von auf die breiten Arbeitnehmerschichten und gewerkschaftlich orientiert sein. Die Slogans, Plakate usw. dürfen aber nicht inhaltsleer oder dröge langweilig sein, sondern müssen eine klare gegen den neoliberalen Mainstream bzw. für unsere Alternativen gerichtete Botschaft haben, aufklärerisch, zugespitzt und pfiffig sein und den eigenen Aktiven gefallen mit klarer Orientierung, damit sie sie selber gerne nutzen und gerne verbreiten. Es kann da auf vieles zurück gegriffen werden (in leichter Abwandlung ggf.), was Bewegungen und linke KünstlerInnen und Gruppen in der Vergangenheit produziert haben und was an Kreativität sich in der aktuellen Bewegung, bei Demonstrationen usw. immer wieder neu zeigt.

Programmatisch müssen die Gegenpositionen und Alternativen zur Politik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben im Mittelpunkt stehen, außerdem die üblichen Positionen des "linken Mainstreams", die zentrale Anliegen der demokratischen Bewegungen aufgreifen (v.a. Frieden, Ökologie, Frauen, Globalisierungskritik, Interessen der MigrantInnen). Hier gibt es reichlich Vorarbeiten, etwa durch die Initiative für einen Politikwechsel, Memorandum-Gruppe, Attac, in Gewerkschaften usw.. M.E. sind hier bei allen Differenzen im Einzelnen und v.a. unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen genügend Gemeinsamkeiten (und v.a. gemeinsame Gegner) vorhanden und formulierbar. Ohne irgendwie in alte Positionen mit Haupt- und Nebenwidersprüchen zurück zu fallen, muss aber der Kern darin bestehen, soziale Interessen zu artikulieren und Interessengegensätze aufzuzeigen und die soziale Klassenfrage wieder von links und populär auf die politische Agenda bringen, als Frage von Interessen der Allgemeinheit bzw. des einfachen Volkes gegen die der Privilegierten, der Reichen, der Konzerne, der Herrschenden, "die da oben". Es geht also in gewissem Maße auch um einen linken Populismus, der notwendig ist, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.

Notwendig wäre, soweit wie möglich zusammen mit dem Problem der politischen Repräsentanz der sozialen Oppositionsbewegung gleichzeitig das inhaltliche zu lösen, nämlich Kernbotschaften einer gegenüber dem Mainstream alternativen Problemdeutung und wirtschaftspolitischen Position und Argumentation zu verankern und im gesellschaftlichen Diskurs zur Geltung zu bringen. Ich denke, dass diese Aufgaben nur zusammen gelöst werden können, weil ohne einen politisch-parlamentarischen Träger eine wirtschaftspolitische Alternative nicht öffentlichkeitswirksam und als relevant wird vermittelt werden können.

Die Programmatik kann und sollte sich in Umfang und im Konkretisierungsgrad sowie im Zeithorizont auf die bevorstehenden Jahre bewusst beschränken und die konsensfähigen Positionen in den Mittelpunkt stellen und dazu nötigenfalls auch Formelkompromisse formulieren. Im Rahmen eines solchen Grundkonsenses, den alle aktiven TrägerInnen vertreten müssen, sind im Einzelnen unterschiedliche Positionen und Akzente möglich und sogar nützlich (etwa zur Frage Mindestlöhne und Grundsicherung, Stellenwert von Investitionsprogrammen und von Arbeitszeitverkürzungen, zur Wachstumsfrage mittel- und langfristig, zur Notwendigkeit einer grundsätzlichen Systemüberwindung). Auch zur Reichweite der Reformen und der Notwendigkeit anschließender weitergehender Umgestaltungen der Gesellschaft sind unterschiedliche Positionen zu akzeptieren und ist mit Widersprüchen soweit wie möglich so umzugehen, dass sie nicht zu internen Spaltungsdiskussionen hochgezogen werden, sondern im Sinne bewusster Pluralität akzeptiert und positiv genutzt werden, um in unterschiedliche soziale und politische Lager hineinzuwirken und sie zusammenzuführen. Notwendig ist aber das gemeinsame Eintreten für das gemeinsame Programm. Bei der Auswahl von KandidatInnen muss ein zentrales Kriterium sein, dass sie dazu gewillt und geeignet sind. Es sind mit allen KandidatInnen und möglichst vielen weiteren Aktiven intensive Bildungsmaßnahmen durchzuführen, um die Qualifikation zur inhaltlichen Auseinandersetzung insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu steigern.

Eine solche Herangehensweise muss Grundkonsens der das Projekt als aktiver Kern tragenden und führenden Kräfte sein. Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von Kommunisten über Sozialisten bis zu Sozialstaatskonservativen (SoVD, VDK) und sozial orientierten Christen und ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Es muss ein für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein.

Bei aller Vielfalt muss ein solches Bündnis andererseits ein Zentrum haben, das die grundlegenden Positionen und Herangehensweisen in besonderer Weise trägt und dafür sorgt, dass sie sich durchsetzen. Dieses Zentrum kann nur eine nichtsektiererische (überwiegend in der alten BRD geprägte) Linke mit starker gewerkschaftlicher Verankerung und starken Verbindungen in linke Wissenschafts-, Bewegungs- und Kulturszenen bilden, die nicht primär auf bestimmte politische Gruppen oder Parteien orientiert ist und die in den letzten Jahren und Jahrzehnten genügend gemeinsame Erfahrungen gemacht und bündnisfähige Positionen und Praxis entwickelt und alte Spaltungen hinreichend überwunden hat, um diese Rolle wahrzunehmen. Mit anderen Worten, im weiteren Sinne “wir”.

Wie und durch wen kann die Initiative zu einem solchen Projekt ergriffen werden? Nötig sind Personen und/oder Organisationen als TrägerInnen und InitiatorInnen, die

eine entsprechend starke und breite Ausstrahlung und Überzeugungskraft in der Öffentlichkeit und insbesondere den anzusprechenden Zielgruppen haben. In der allgemeinen Öffentlichkeit wirklich prominente und geeignete potenzielle Führungspersönlichkeiten für ein solches Projekt sind mir nicht bekannt. Die prominenten Namen, die einem einfallen könnten, wie Lafontaine oder Gysi, werden voraussichtlich nicht dazu bereit sein und ich fände sie auch hoch problematisch und als Führungspersönlichkeiten nicht geeignet. Sollten sie das Projekt unterstützen wollen, wäre das schön, aber sie dürfen keine Führungsrolle einnehmen, das wäre für die Arbeit nicht gut und zu riskant. Ähnliches gilt für einige andere Personen.

Die Führung muss bei einem Kollektiv liegen, das nicht von Einzelnen dominiert wird, die dazu neigen, sich selbst und ihre persönlichen Ambitionen zu wichtig zu nehmen. Wir können im ersten Schritt eh nicht auf die allgemeine und von uns nicht freundlich gesonnenen Massenmedien dominierte Öffentlichkeit setzen, sondern auf die besonderen Öffentlichkeiten von Bewegungen und Milieus. Deshalb brauchen wir Personen, die bundesweit und in den Regionen, in der politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Linken und in den Gewerkschaften und anderen Organisationen und Bewegungen verankert und bekannt und als Orientierungsfiguren anerkannt sind. Es kommt im ersten Schritt darauf an, eine “kritische Masse” solcher Personen zusammen zu bekommen, so dass überzeugend deutlich wird, dass das Projekt nicht wieder so eine aussichtslose Idee von ein paar Leuten ist, sondern eine andere Qualität und Ausstrahlung und Chancen hat.

4. Spezielle Problemfelder

4.1. Einheitsgewerkschaft und Parteiunabhängigkeit der Bewegungen

Eine Erfolg versprechende Wahlalternative muss sich wie gesagt zentral auf Verankerung in Gewerkschaften und Bewegungen stützen und diese als Resonanzboden nutzen. Auf der anderen Seite sind Gewerkschaften und Bewegungen wesentlich parteiunabhängig und von der Mitarbeit und Unterstützung von vielen Menschen getragen, die in verschiedenen anderen Parteien Mitglied oder darauf orientiert sind. Aber wie in der Vergangenheit gegenüber SPD oder Grünen oder im christlichen Bereich gegenüber den Unionsparteien schließt das nicht aus, dass bestimmte politische Kräfte besonders enge Bindungen und Beziehungen zu bestimmten Organisationen und Bewegungen haben und dass führende Personen aus diesen für bestimmte politische Organisationen auch öffentlich mehr oder minder deutlich eintreten oder sogar kandidieren. Es spricht also nichts dagegen, sondern ist notwendig, dass führende Aktive aus Gewerkschaften, Attac, Umweltbewegung, Bürgerrechtsorganisationen, Friedensbewegung, Frauennetzwerken usw. sich für eine solche Wahlalternative engagieren, ohne dass die Organisationen oder Bewegungen als Ganzes damit ihre Parteiunabhängigkeit aufgeben.

Es gibt verschiedene Abstufungen, wie eine Unterstützung oder Wohlwollen gegenüber einer bestimmten politischen Gruppierung dennoch artikuliert werden kann. Seitens der Gewerkschaften wäre eine Position anzustreben etwa im Sinne von “Es gibt eine Alternative zu Sozialabbau. Noch mehr Sozialabbau ist keine Alternative”, die faktisch auf eine soziale Wahlalternative verweisen würde, ohne dass es dazu viele Gegenargumente in den Organisationen geben könnte. Führende GewerkschafterInnen und Aktive aus Bewegungen, die nicht aktiv die Alternative selbst unterstützen oder weiter Mitglied in anderen Parteien sind, sollten für wohlwollende Äußerungen gewonnen werden. Zu beachten ist auch: Die Wahlalternative 2006 ist kei-

ne Partei im traditionellen und exklusiven Sinne und sollte offen für die Mitarbeit und Unterstützung von Menschen sein, die in verschiedenen anderen Parteien Mitglied sind.

4.2. Umgang mit den "Abweichlern" in SPD und Grünen

Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder und Aktive der SPD und der Grünen und insbesondere auch die sog. "Abweichler". Mit ihnen sollte Kooperation und Diskussion gesucht werden (Einladung zu Veranstaltungen...) und bei Interesse auch angeboten werden, sich im Rahmen einer sozialen Alternative zu betätigen oder sogar zu kandidieren. Ich erwarte allerdings nicht, dass sich da viel bewegen wird, eher sind eine große Zahl von WählerInnenstimmen und auch "Überläufer" an der Basis zu erwarten, wenn die Alternative Ausstrahlungsfähigkeit gewinnt. Allerdings, wenn es eine soziale Alternative im parlamentarischen Raum gibt, die Druck auf die SPD ausübt, könnte auch die Rolle der Linken in der SPD wieder relevanter werden.

4.3. Parteiengesetz und Umgang mit der PDS

Das Bundeswahlgesetz bestimmt, dass zur Bundestagswahl mit Landeslisten (und damit mit der Möglichkeit, Zweitstimmen zu bekommen) nur Parteien antreten können, die damit den Regelungen des Parteiengesetzes unterliegen. Listenverbindungen sind bei der Bundestagswahl nur zwischen den Landeslisten einer Partei zulässig, nicht zwischen verschiedenen Parteien. Es ist zulässig, dass die Mitglieder einer solchen Partei zugleich anderen Parteien angehören, auch der Name einer solchen zur Bundestagswahl antretenden Partei kann unter Beachtung bestimmter Bedingungen frei gewählt werden, sie muss nicht "Partei" heißen.

In Bezug auf die PDS besteht damit für eine soziale Wahlalternative das Problem, dass sie entweder in Konkurrenz zueinander antreten müssten mit dem Risiko, dass beide die 5-Prozent-Hürde nicht überwinden, oder dass sie sich dahin verständigen müssten, im Rahmen einer gemeinsamen Partei anzutreten. Nach allen Einschätzungen aus heutiger Sicht wird die PDS dazu nicht bereit sein. Wenn es allerdings gelingt, eine so breite Unterstützung und politische Bewegung für eine neue soziale Wahlalternative zu entwickeln, dass diese realistischer Weise in Gesamtdeutschland die 5-Prozenthürde überwinden könnte und gemeinsam mit der PDS mit großer Sicherheit würde, kann sich das anders darstellen. Denn wenn die PDS realistisch erwarten müsste, sich entweder zu verständigen mit der relativ sicheren Aussicht, im Rahmen einer breiteren politischen Formation und in Ostdeutschland in dieser auf absehbare Zeit den überwiegenden Teil stellend längerfristig zu überleben und einen Beitrag zur Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland zu leisten, oder im Falle konkurrierender Kandidaturen wahrscheinlich erneut mit dem Versuch des Einzugs in den Bundestag (jedenfalls in Fraktionsstärke) zu scheitern, wäre eine andere Lage entstanden. Die PDS stünde dann vor der Entscheidung, ob sie ihre Bekenntnisse, sich zu einer gesamtdeutschen Linkspartei weiter entwickeln zu wollen, ernst nehmen will, oder ob sie sich endgültig auf eine Rolle als ostdeutsche Regionalpartei reduzieren und Gefahr laufen will, längerfristig zerrieben werden.

Das Ziel muss darin bestehen, eine solche Lage herbei zu führen und sich auf dieser Basis mit der PDS zu verständigen. Wenn die PDS sich dann für Regionalpartei Ost entscheidet, kann allerdings keine weitere Rücksicht auf sie genommen werden und muss in allen Bundesländern und Wahlkreisen als soziale Alternative angetreten werden. Anzustreben ist aber, dass die PDS sich für die gesamtdeutsche Perspekti-

ve entscheidet und sich als wichtiger Teil in ein neues linkes Alternativprojekt einbringt. Sie könnte, selbst wenn sie dabei einige potenzielle WählerInnen im Osten verlieren würde – aber warum eigentlich sollten das viele sein?, – einen Wahlerfolg nahezu sicher stellen. Ihr könnte angeboten werden, in Ostdeutschland die Mehrzahl und in Westdeutschland einen relevanten Anteil der KandidatInnen zu stellen und in der Führung der gemeinsamen politischen Vereinigung (Partei) angemessen – aber nicht dominant – vertreten zu sein. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung könnte als gemeinsame politische Stiftung weiter entwickelt werden (was selbstverständlich entsprechende Öffnung für wesentliche Beteiligung und Mitbestimmung für neue Kräfte v.a. aus Westdeutschland erforderte). Ich denke, dass es in der PDS etliche geben wird, die eine solche Perspektive attraktiv(er als die bisherige PDS) finden und sie aktiv unterstützen würden.

Sollte sich im Prozess der Entwicklung einer solchen sozialen Wahlalternative erweisen, dass es nicht gelingt, in hinreichendem Umfang Unterstützung und Dynamik für ein solches Projekt zu gewinnen, muss diskutiert werden, wie die erreichte Formierung dennoch produktiv gemacht werden kann. M.E. wäre es dann die beste „Auffangvariante“, wenn aus dem gewonnenen Spektrum eine reale breite Basis für eine offene Bündnisliste der PDS entwickelt werden könnte. Das setzte aber auch eine Offenheit und geeignetes Verhalten der PDS voraus, um die verbreiteten und begründeten Vorbehalte zu überwinden und ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Aber wie gesagt: das wäre nur eine Notlösung, wenn das eigentliche Ziel als nicht erreichbar erscheint. Etliche Aktive würden dabei nicht mitmachen und es würde deutlich weniger geeignet sein, die Potenziale auszuschöpfen, als eine neu formierte soziale Wahlalternative.

4.4. Umgang mit anderen Parteien und politischen Gruppierungen

Der Umgang mit anderen Parteien sollte entsprechend den oben skizzierten Prinzipien ebenfalls offen sein. Auch Mitglieder anderer Parteien sollten sich aktiv beteiligen und auch als KandidatInnen antreten können. Es darf dadurch aber weder der beschriebene grundsätzliche Charakter der Vereinigung in Frage gestellt oder sie als Vehikel für Agitation für andere Parteien missbraucht werden. Die soziale Alternative muss als neue Kraft antreten (im Osten ggf. eingeschränkt durch die starke Rolle der PDS, falls sie sich beteiligt), als Bündnis, aber mit eigenem politischen Profil und zentralen Botschaften, nicht als Medium für andere politische Parteien oder Gruppen, sich selbst und ihre Sonderpositionen zu präsentieren. Der Grundkonsens muss von allen RepräsentantInnen und KandidatInnen getragen werden, weitergehende Sonderpositionen müssen nicht aufgegeben oder verheimlicht werden, aber dürfen nicht im Vordergrund stehen. Die soziale Alternative muss vor allem neue Aktive und Menschen aus Bewegungen gewinnen, darf nicht Sammelbecken der Übriggebliebenen altbekannter linker Kleinorganisationen sein.

4.5. Verhältnis von Bundes- und kommunaler und regionaler Ebene

Der Ansatz für die Bildung der sozialen Alternative geht von der Bundesebene aus, ist in der ersten Etappe ein Top-Down-Projekt. Er unterscheidet sich damit von der Bildung der Grünen als der letzten erfolgreichen Formierung einer neuen bundespolitischen Kraft, die sich auf einen bereits entwickelten kommunalen und landespolitischen Unterbau stützen konnte. Dies ist einerseits ein Mangel, weil die notwendigen kommunalen und regionalen Träger des Projekts erst neu gefunden und organisiert werden müssen. Dies ist aber zu bewältigen, weil es jedenfalls in allen Ländern und

größeren Städten unmittelbar ein hinreichendes Potenzial an geeigneten und aktivierbaren Leuten geben dürfte, die angesprochen werden können. Wenn es gelingt, die og. “kritische Masse” an relevanten Personen und Gruppierungen zu sammeln, steht die Infrastruktur und Ausstrahlungsfähigkeit zur Verfügung, dies relativ kurzfristig zu realisieren und organisierte Zusammenhänge auf Landesebene und in den größeren Städten oder Regionen aufzubauen, die dann in der zweiten Etappe eine noch weiter die Fläche abdeckende Infrastruktur und Kontakte zu Aktiven und UnterstützerInnen aufbauen können. Dabei wird das Internet mit eMail und Mailinglisten eine zentrale Grundlage und Erleichterung dieses Prozesses sein, die es in den 1980er Jahren noch nicht gab.

Es gibt aber auch gute politische Gründe und Vorteile, die für einen von der Bundesebene ausgehenden Ansatz sprechen. Die Politikfelder, an denen sich die Opposition kristallisiert und vor allem die Kompetenzen, die für die Durchsetzung der Alternativkonzeptionen und Forderungen notwendig sind, liegen ganz überwiegend auf der bundespolitischen Ebene, zum Teil auf europäischer und internationaler Ebene, auf die auch im wesentlichen über die Bundesebene einzuwirken ist. Auf kommunaler und Länderebene bestehen meist nur begrenzte Handlungsspielräume und keine Möglichkeiten, die Probleme zu lösen, sondern nur, mehr oder weniger schlecht mit ihnen umzugehen. Die politische Orientierung und Mobilisierung der Alternative muss sich also sowieso in erster Linie auf die Bundesebene richten. Zudem ergeben sich aus dieser Situation Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen, die in der grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und den Kräften des großen Kapitals, mit militaristischer, unsozialer und ökologisch schädlicher Politik eigentlich auf der selben Seite stehen, aber unterschiedliche Positionen dazu entwickeln, welche Politik unter den gegebenen Bedingungen vor Ort am sinnvollsten ist.

Der Vorteil einer bundespolitischen Formierung besteht darin, sich sozusagen über diese Kontroversen und Konflikte zu stellen, indem sie das übergreifende Gemeinsame artikuliert. Sie kann damit konstruktive Beziehungen zu verschiedenen Gruppierungen haben und sich auf sie stützen, die untereinander vor Ort und in konkreteren Fragen unterschiedliche Positionen vertreten. Es sollte sogar möglich sein, dass verschiedene Kräfte, die gemeinsam auf die soziale Alternative bundespolitisch orientieren, kommunal oder auf Landesebene gegeneinander kandidieren oder politisch arbeiten. Besonders zugespitzt stellt sich dieses Problem, falls sich die PDS an der Formierung einer sozialen Alternative beteiligt und zugleich in Ländern und vielen Kommunen in Ostdeutschland in Regierungen oder kommunaler Verantwortung steht, gegen die sich sozialer Protest organisiert. Dies setzt eine erhebliche Rationalität im politischen Umgang der verschiedenen im Rahmen der sozialen Alternative zusammen arbeitenden Kräfte miteinander voraus. Andererseits wäre dies ein wichtiger Mechanismus, ein vernünftiges Verhältnis verschiedener gegenüber der herrschenden Politik oppositioneller Gruppierungen zueinander und die Gemeinsamkeit in der Auseinandersetzung mit den Hauptgegnern zu befördern und damit insgesamt die gegen den Neoliberalismus gerichteten Kräfte zu stärken.

5. Organisation, Arbeitsweise und Perspektiven: die neue Partei des 21. Jahrhunderts

Daraus ergeben sich einige Vorstellungen über die Charakteristika und mögliche Struktur und Arbeitsweise der notwendigen neuen politischen Formation. Außerdem muss die Arbeitsweise der sozialen Alternative den veränderten Ansprüchen und po-

litischen Kulturen der Menschen entsprechen, die sich in Bewegungen und Initiativen, in Betrieben, Schulen und Hochschulen, im kulturellen Bereich oder in informellen Gemeinschaften engagieren und zunehmend das Internet zur Kommunikation nutzen und die die potenzielle Aktivenbasis darstellen. Weiter muss die soziale Alternative bzw. ihre RepräsentantInnen im öffentlichen Auftreten und der persönlichen Praxis die massive Parteien- und Politikerverdrossenheit im Volk und in den Bewegungen reflektieren und sich als anders als die etablierten Parteien darstellen: ohne Dünkel und Arroganz, nicht korrupt und nicht auf die eigenen Interessen und Privilegien bedacht, sondern unbestechliche VertreterInnen der einfachen Leute, gegenüber den „Eliten“ aus Wirtschaft, Medien und Politik nie devot, sondern selbstbewusst und kämpferisch in der Auseinandersetzung.

Die soziale Alternative muss in der öffentlichen Auseinandersetzung konsequent und glaubwürdig eine positive, fortschrittliche gesellschaftspolitische Alternative vertreten. Die Formulierung und Verankerung von programmatischen Botschaften und von linken Deutungsmustern im gesellschaftlichen Diskurs ist eine Hauptaufgabe. Es geht primär darum, die Auseinandersetzung um die Hegemonie zu führen und neoliberale und andere rechte Auffassungen zurückzudrängen. Politische Kompetenz zu entwickeln heißt zunächst, die intellektuellen und strukturellen Kapazitäten für Opposition zu stärken, nicht etwa „regierungsfähig“ zu werden. Es geht also um Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit und auch das Eingreifen in wissenschaftliche Diskurse. Der Wahlkampf muss als ein Kristallisations- und Höhepunkt dieser Arbeit angelegt werden.

Dies ist, abgesehen vom unmittelbaren Wahlkampf, nicht von der sozialen Alternative als Organisation allein und mit eigenen Mitteln zu leisten, sondern muss wesentlich erfolgen durch die Aktivitäten und im Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte, auf die sie sich in der Gesellschaft und den Bewegungen, in Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur stützt. Die soziale Wahlalternative muss als Rahmen und als Initiator und Motivator solcher Aktivitäten wirken sowie Austausch und Entwicklung gemeinsamer Positionen vorantreiben. Sie muss sich zum gemeinsamen Kristallisations- und Bezugspunkt vielfältiger unabhängiger Aktivitäten entwickeln und in diesem, nicht formalen, Sinn als politische Organisation der sozialen und demokratischen Bewegungen. Auf der anderen Seite spielt die soziale Wahlalternative eine eigene besondere Rolle in der Zusammenfassung, Artikulation und Vertretung von Positionen im politisch-parlamentarischen Raum, in Medien und auch mit eigenen Veranstaltungen und anderen Aktivitäten.

Die soziale Alternative sollte aber außerhalb von Wahlkampfzeiten anders als die traditionellen Parteien sich vor allem als verbindender Zusammenhang von Personen darstellen, die primär in Gewerkschaften und anderen Interessenvertretungen, Bewegungen, Organisationen und sozialen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen und Projekten aktiv sind. Es sollte nicht darum gehen, ein traditionelles „Parteileben“ mit regelmäßigen Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen usw. zu betreiben, sondern zu bestimmten Zwecken und Aktivitäten die Leute und die der Wahlalternative assoziierten Organisationen mobilisieren zu können und sie ansonsten locker zusammenzuhalten. Dazu müssen sie in Dateien erfasst und informiert werden und ihnen Möglichkeiten zum elektronischen oder persönlichen Austausch geboten werden. Die soziale Alternative muss die dazu notwendige Infrastruktur organisieren und aktuell halten.

Die soziale Alternative sollte nicht nur auf Mitgliedschaften von Personen beruhen, von denen möglichst viele zugleich anderswo eine aktive Rolle spielen sollten, son-

dern auch als Bündnisorganisation verschiedener linker und kapitalismuskritischer Strömungen und Organisationen und Netzwerke, Zeitschriften usw.. Diese behalten dabei ihre volle Eigenständigkeit, sind aber zugleich dem Bündnis angeschlossen und bei der Diskussion von Positionen und Aktivitäten institutionalisiert beteiligt. Wie eine Organisationsstruktur gestaltet sein müsste, die das effektiv und demokratisch realisieren kann, müsste noch diskutiert werden. Dabei sind auch Vorgaben des Parteiengesetzes und der Wahlgesetze zu beachten.

Die soziale Alternative sollte sich jedenfalls nicht in Streit verwickeln lassen über Fragen, die nicht anstehen. Es ist nicht notwendig, sich über verschiedene Varianten der Analyse des Kapitalismus oder weitergehender gesellschaftspolitischer Alternativen oder der Einschätzung einzelner politischer Entwicklungen und Kräfte zu einigen oder darüber Mehrheitsentscheidungen herbei zu führen. Menschen und Gruppierungen mit verschiedenen Positionen können und sollen diese in vernünftiger Weise vertreten und für Interessierte Bildungs- und Diskussionsangebote machen, dies darf aber die notwendigen gemeinsamen Aktivitäten nicht behindern. In den für die konkreten politischen Auseinandersetzungen relevanteren Fragen ist durch die Verankerung und den engen Bezug auf die Diskussionen in den Bewegungen, Gewerkschaften und linken Netzwerken sowie eine dominierende Orientierung auf die gemeinsamen Ziele und Gegner dafür zu sorgen, dass sowohl Opportunismus wie Sektierertum vermieden werden und vernünftige Konsense oder Mehrheitspositionen formuliert werden, ohne konstruktive Minderheiten auszugrenzen. Das Referenzmodell ist dabei, wie in außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnissen Kompromisse gefunden werden.

Pluralität und breites Bündnis bedeutet nicht Beliebigkeit und Offenheit für alle, auch destruktiv wirkende Kräfte. Die Verpflichtung auf einen gemeinsamen Grundkonsens, das Reformprogramm der sozialen Alternative als Wahlbündnis einerseits und die klare Orientierung auf Opposition andererseits grenzt auch einige aus und soll das auch. Die Linke hat vielfältige Erfahrungen, wie durch destruktives Verhalten Einzelner und von Gruppen gute Initiativen chaotisiert, gesprengt oder durch Abschreckung vieler Vernünftiger ruiniert wurden. Das Vorgehen insbesondere in der Gründungsphase muss diese Erfahrungen berücksichtigen. Die Organisierung muss ausgehend von einem Zentrum stufenweise sich erweiternd erfolgen, indem Leute gezielt angesprochen werden und diese dann ebenso gezielt weitere ansprechen. So ist auch auf Länder- und regionaler Ebene zu verfahren. In diesem Rahmen sind dann die programmatischen Grundlagen und einige personelle Fragen für die erste Etappe möglichst konsensual unter Berücksichtigung aller sinnvoller Weise zu berücksichtigenden Anliegen und Ansprüche zu klären. Dann erst sollte eine weitere Öffnung stattfinden, wenn die Chaotisierung oder Usurpation durch destruktive Kräfte aufgrund der bereits vorhandenen Stärke weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Wenn dann eine Fraktion der sozialen Alternative im Bundestag sitzt, stellen sich weitere Fragen. Diese sollten in ähnlicher Weise angegangen werden. Einheitliches Abstimmen ist zwar anstrebenswert und wird in den meisten Fällen auch unproblematisch möglich sein, aber wenn nicht ist abweichendes Abstimmungsverhalten Einzelner kein Drama und Fraktionszwang nicht sinnvoll. Entscheidend ist, dass die Abgeordneten weiter enge Verbindung zu den Bewegungen und Gruppierungen pflegen, aus denen sie kommen. Regionale Kriterien spielen dem gegenüber eine sekundäre Rolle und werden erst gewichtiger, wo die Eroberung von Direktmandaten in Wahlkreisen ein realistisches Ziel wird. Die Fragen, die sich stellen könnten, falls irgendwann die soziale Alternative auch in Mehrheitskoalitionen einbezogen würden,

müssen zwar rechtzeitig diskutiert werden, aber das hat noch Zeit - wenn es jemals dazu kommt.

Wichtiger ist die stetige Verbreiterung und Vertiefung der Verankerung in den Gewerkschaften, Bewegungen, Organisationen und Szenen auch in den Ländern und Kommunen sowie der Ausbau der Infrastruktur und Medien, um die politische Formierung und den Kampf um Hegemonie weiter voranzutreiben. Die Sozialdemokratie hat sich als politische Organisation und Interessenvertretung der lohnabhängigen Klasse und der anderen vom Kapital beherrschten Schichten historisch erschöpft bzw. verabschiedet. Es bedarf eines neuen Anlaufs der politischen Artikulation und Formierung eines alternativen gesellschaftlichen Blocks von Arbeit und Wissenschaft, Bewegungen und Kultur gegen den herrschenden Block des Kapitals und des Neoliberalismus, um solidarische gesellschaftliche Gestaltung und eine progressive europäische und internationale Perspektive wieder auf die Tagesordnung zu bringen und zu erkämpfen. Das kann nur gelingen, wenn dabei auch eine neue Generation gewonnen wird, und das wiederum kann nur mit einer neuen Formation gelingen.

6. Gründungsprozess

Die Diskussion über ein solches Projekt muss jetzt geführt werden, damit die Initiative, es real zu organisieren, noch in diesem Jahr gestartet werden kann. Es ist genügend Zeit erforderlich, um die genannten Bedingungen zu realisieren. Es ist möglich, dass die Zeitschiene noch erheblich enger wird, weil die Bundestagswahlen vielleicht auch schon im Herbst 2005 stattfinden könnten, wenn Rot-Grün nach dem absehbaren Verlust von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat eine Zwei-Drittel-Mehrheit gegen sich hat. Erster und zentraler Schritt ist es, die ”kritische Masse” von relevanten Personen, Gruppen und Organisationen gewinnen, um das Projekt ernsthaft zu starten. Im Sommer sollte dazu schon eine größere Tagung mit Interessierten stattfinden, vorher muss sich ein kleinerer Kreis zur Vorbereitung und Organisation zusammenfinden. Es sind die zu sammeln, die beginnen wollen, ohne Abgrenzung gegenüber denen, die (noch) nicht dabei sind. Sie können später dazu stoßen.

Im Jahr 2005 ginge es dann darum, flächendeckend UnterstützerInnen zu sammeln und zu mobilisieren. Die entscheidende Frage ist, ob es dabei gelingt, eine hinreichende neue Dynamik zu entwickeln. Dann muss diskutiert und entschieden werden, ob zur Bundestagswahl angetreten werden soll und ein Fahrplan zur Erstellung und Beschlussfassung eines Programms und zur Aufstellung von Landeslisten und WahlkreiskandidatInnen geklärt werden. Eine hauptamtliche und sächliche Infrastruktur muss aufgebaut werden. 2006 stünde dann die eigentliche politische Mobilisierung und der Wahlkampf im Mittelpunkt. Eine zentrale Frage ist in diesem Zusammenhang die Finanzierung. Es sind etliche Millionen Euro notwendig, dazu müssen neue Formen des Fundraising genutzt werden, aus internationalen Beispielen ist zu lernen. Maximal in Höhe der Hälfte der Einnahmen können die Kosten über die Wahlkampfkostenerstattung refinanziert werden (0,85 bzw. 0,70 Euro für jede Zweitstimme). Die Wahlalternative ist auch als politisches Investitionsprojekt zu begreifen.

Viele halten eine Wahlalternative und neue politische Formation für nötig, sind aber skeptisch, ob ein solches Projekt realisierbar ist. Das entscheidet die Praxis, es passiert nicht einfach so oder anders, sondern es muss getan werden. Es erscheint nicht unmöglich, also müssen wir es zumindest versuchen. Wenn sich herausstellt, es ist doch (noch) nicht zu schaffen, kann die erreichte Formierung dennoch wichtig sein für Zwischenschritte und für die Zukunft.